



CETA – eine sozialdemokratische Perspektive aus Kanada

RAOUL GEBERT
März 2016

- CETA ist das ambitionierteste Freihandelsprojekt der kanadischen Regierung seit NAFTA. Es würde Kanada (den zwölftgrößten Handelspartner der EU) mit Europa (seinem zweitwichtigsten Absatzmarkt) eng vernetzen.
- CETA wird in Kanada auf Bundesebene inzwischen von allen drei großen Parteien weitgehend positiv bewertet. Hierzu haben maßgeblich auch die Nachbesserungen des Investitionsschutzes beigetragen.
- Eine kritische öffentliche Debatte über das Freihandelsabkommen mit Europa gibt es nicht.
- Kritik kommt wenn von wenigen Akteuren aus der Zivilgesellschaft.

Ambitioniertestes Freihandelsprojekt seit NAFTA

Das Freihandelsabkommen CETA ist das ambitionierteste Freihandelsprojekt der kanadischen Regierung seit dem Inkrafttreten der nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA im Jahre 1994. Es würde Kanada, den zwölftgrößten Handelspartner der EU (59 Mrd. Euro bilaterales Handelsvolumen im Jahr 2014)¹, mit Europa, seinem zweitwichtigsten Absatzmarkt, tiefer und schneller vernetzen, als es momentan unter NAFTA mit den USA und Mexiko der Fall ist. Es würde den Kanadiern auch einen wichtigen Startvorsprung im transatlantischen Freihandel gegenüber der deutlich größeren US-amerikanischen Konkurrenz (517 Mrd. Euro Handelsvolumen mit der EU)² verschaffen, da das geplante EU-USA Freihandelsabkommen TTIP noch nicht abgeschlossen ist.

Gewinner und Verlierer

Von der Öffnung der europäischen Märkte würden die Fleischproduzenten am meisten profitieren (Rindfleisch aus dem Westen Kanadas sowie Schweinefleisch aus Ontario und Quebec), ebenso wie der Fischfang (Atlantikprovinzen und Quebec) und die Forstwirtschaft (Quebec und Ontario). Auch die Automobilzulieferindustrie (Ontario) und der Aerospace-Bereich (insb. Quebec) rechnen sich Chancen aus.

Zu den potentiellen Verlierern gehören Hersteller von generischen Pharmaka (Quebec), verarbeiteten landwirtschaftlichen Produkten wie Käse (Ontario und Quebec), der Fischverarbeitung (Neufundland) und die heimischen Bauunternehmen und Dienstleistungsanbieter, welche größerem Konkurrenzdruck im öffentlichen Beschaffungswesen ausgesetzt werden.

Investitionen sind allerdings weitaus wichtiger als herkömmliche Handelsbeziehungen

Die EU ist zweitgrößter Investor in Kanada und Kanada viertgrößter Investor in der EU, mit jeweils etwa 120 Mrd. Euro pro Jahr³. Die kanadische Regierung schätzt, dass der bilaterale Handel durch CETA vor allem durch gegenseitige Investitionen um bis zu 20 % zunähme und dass bis zu 80.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten⁴. Auch wenn diese Zahlen recht hoch geschätzt sind, behält CETA bei fast allen volkswirtschaftlichen Analysen eine überwiegend positive Bilanz.

Wirtschaftsstrategisch gesehen ist CETA aus kanadischer Perspektive vor allem aus zwei Gesichtspunkten von Bedeutung: zum einen wird dem angeschlagenen kanadischen Agrarsektor ein wichtiger Absatzmarkt eröffnet, zum anderen wird kanadischen Unternehmen ein strategischer Zeitvorteil beim Freihandel mit der EU, insbesondere im Gegensatz zu den US-amerikanischen Konkurrenten, gesichert.

Provinzregierungen und Kommunen begrüßen CETA

Die Provinzregierungen aller drei politischen Strömungen (Konservative, Liberale und die sozialdemokratische NDP) haben CETA durchgängig positiv kommentiert. Dies fiel umso leichter, da sie von der abgewählten konservativen Bundesregierung eine Garantie bekommen haben, dass finanzielle Negativauswirkungen auf staatliche Medikamentenversicherungen aus dem Bundeshaushalt ausgeglichen werden. Die sozialdemokratische NDP Regierung in Manitoba hat zusätzlich Ausnahmen im Beschaffungswesen für Dienstleister von *First Nations* durchgesetzt.

Die *Federation of Canadian Municipalities (FCM)* hat sich ebenfalls überwiegend positiv geäußert, nachdem die Schwelle für das Beschaffungswesen (ca. 313.000 \$ für Güter und Dienstleistungen und 7,8 Mio. \$ für das Bau-

1. EU Kommission (DG Trade): http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_122530.pdf

2. Ibid.

3. Kanadisches Statistikamt (Statistics Canada): <http://www.statcan.gc.ca/tables-tableaux/sum-som/l01/cst01/gblec02a-eng.htm>

4. Kanadisches Außenministerium (Global Affairs Canada): <http://www.international.gc.ca/trade-agreements-accords-commerciaux/agr-acc/ceta-aecg/benefits-avantages/canadians-canadiens.aspx?lang=eng>

wesen) auf ein für die FCM akzeptables Niveau verhandelt worden war.⁵

Kritik kommt aus der Zivilgesellschaft

Die verbleibenden kritischen Interessengruppen in Kanada sind daher nunmehr die milchverarbeitende Agrarindustrie, die Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, *Canadian Union of Public Employees (CUPE)*, (insbesondere wegen der Öffnung des Beschaffungswesens und des Verbotes von Renationalisierungen, der sogenannten »Ratchet«-Klausel) und traditionell kritische Bürgerrechtsgruppen am linken Rand wie z. B. *Council of Canadians*, *Canadian Health Coalition* und der Thinktank *Canadian Centre for Policy Alternatives (CCPA)*. Diese Gruppen führen vor allem zusätzliche Kosten für staatliche und private Medikamentenversicherungen sowie unfaire Investitionsschutzregelungen als Argumente gegen CETA an.

Europäische Polemik findet wenig Widerhall

Europäische Bedenken zum Freihandel mit Nordamerika, insbesondere die potenzielle Gefährdung der öffentlichen Versorgung mit Trinkwasser und die Chlorhühnchen-Debatte, finden in Kanada kaum Echo. Stattdessen hegt man die Hoffnung, dass höhere europäische Standards (z. B. betreffend der Hormonzufuhr im Fleisch, der Etikettierung von Gen-Produkten und der Flugzeugtreibstoff-Direktive) sich mit Hilfe von CETA durch einen sogenannten California-Effekt auch in Kanada durchsetzen werden.

Und die kanadischen Sozialdemokraten?

Die sozialdemokratische NDP hat erfolgreich eine Absichtserklärung des Bundesparlaments durchgesetzt (von allen Parteien einstimmig angenommen), Käseproduzenten durch Übergangszahlungen bei der Drosselung der aktuellen Quoten zu unterstützen. Eine solche

Entschädigung scheint auch als Blaupause für ähnliche Zugeständnisse im Rahmen des transpazifischen Freihandelsabkommen TPP zu dienen.

Als Hauptkritikpunkt der Sozialdemokraten auf Bundesebene verbleibt also der Investitionsschutz. Gerade wegen der oben angeführten Prominenz gegenseitiger Investitionsflüsse wären herkömmliche Schiedsgerichte dabei so etwas wie eine »rote Linie« für die Partei, die kontinuierlich Druck auf die neue liberale Regierung ausgeübt hat, um Nachbesserungen am Investitionsschutz zu erzwingen. NDP Handelssprecherin Tracey Ramsey schrieb dazu am 21.1.2016: »*The ISDS is holding up CETA- the Liberals should re-examine this Conservative negotiated trade deal.*«⁶

CETA/TPP-Wechselwirkungen

Die öffentliche Debatte um CETA ist seit dem Abschluss der Verhandlungen um das transpazifische Handelsabkommen TPP größtenteils abgeklungen. Die neue liberale Regierung hat erklärt, TPP einer grundlegenden öffentlichen Debatte unterziehen zu wollen, aber unterdessen alles zu tun, um CETA umgehend in Kraft treten zu lassen⁷. Dabei wäre weder bei einem Inkrafttreten mit suboptimalen Investitionsschutzregelungen noch bei einem Eingehen auf diesbezügliche europäische Nachverhandlungsforderungen von einer besonderen öffentlichen Aufregung auszugehen. Die Tatsache, dass TPP momentan herkömmlichen Investitionsschutz (also private Schiedsgerichte) vorsieht, ist kritischen Beobachtern jedoch nicht entgangen. Eine Verquickung der beiden Abkommen ist daher möglich.

Die neue liberale Regierung: Offenheit zum Dialog

Die Bereitschaft der liberalen Regierung, einer Neuregelung des Investitionsschutzes zuzustimmen, war bereits Mitte Januar 2016 öffentlich dokumentiert. So ließ der kanadische Chefunterhändler Steve Verheul verlauten: »*Canada can agree to some of the changes, but we have concerns that the [proposed court] is significantly more*

5. Federation of Canadian Municipalities: <http://www.fcm.ca/home/media/news-releases/2014/statement-by-fcm-president-following-the-release-of-the-final-text-of-the-comprehensive-economic-and-trade-agreement-ceta.htm>

6. Via Kurznachrichtendienst Twitter: <https://twitter.com/traceyram/status/690139577588305920>

7. Bureau des Kanadischen Premier Ministers: <http://pm.gc.ca/eng/minister-international-trade-mandate-letter>

*complicated and expensive. It also does not guarantee that a case will be heard by the most appropriate panel of judges.*⁸

Zeitgleich erklärte die zuständige kanadische Ministerin Chrystia Freeland: *»I'm not going to give you specific timelines because... we're getting through with the Europeans, across that final mile to the finish line.«*⁹

Mit dem nun Ende Februar öffentlich gewordenen Übereinkommen ist klar geworden, dass die Liberalen in der Tat Zugeständnisse beim Investitionsschutz als wirksamste Lösung für ein schnelles Inkrafttreten ansehen. Insbesondere der Kontrast zum transatlantischen Freihandelsabkommen TPP hätte zu einer ungewünschten Verstrickung von CETA führen können. Zusätzlichen Zeitdruck auf die neue Regierung haben die Verhandlungen der EU über das TTIP-Abkommen mit den USA ausgeübt. Schwindet doch dadurch der strategische Zeitvorteil Kanadas.

Investitionsgerichtshof als Kompromiss

Die gemeinsame Erklärung der EU-Kommission und Kanadas vom 29.2.2016 legt also den Grundstein für einen Kompromiss in Sachen Investitionsschutz, und ebnet somit den Weg für eine zügige Ratifizierung beiderseits des Atlantiks. Im Kern geht es dabei um eine Stärkung des Regelungsrechts »auf allen staatlichen Entscheidungsebenen« und um die Schaffung eines permanenten Schiedsgerichtshofes an Stelle von ad hoc Verfahren, inklusive eines Revisionsverfahrens, sowie verbesserter Auswahlkriterien und Ethikregeln für die Mitglieder des Tribunals.¹⁰

CETA mit revidiertem Investitionsschutz ist den Sozialdemokraten willkommen

Abschließend wird CETA also in Kanada weitgehend positiv bewertet werden, und dürfte nun trotz (oder gerade wegen) der zunehmenden Kritik am transpazifischen Freihandelsabkommen TPP relativ zügig in Kraft

gesetzt werden. Auch wenn die Partei offiziell noch den genauen Text der Vereinbarung durchleuchten will, und weiterhin Kritik am Prinzip eines gesonderten Schutzes für Investoren übt, sind die angekündigten Verbesserungen des Investitionsschutzes für die sozialdemokratische NDP auf Bundesebene ein wichtiger Schritt, um CETA eine breitere gesellschaftliche Unterstützung zusichern zu können.

Die Nachbesserung des Investitionsschutzes in CETA kommt dabei in Kanada automatisch den Kritikern des TPP entgegen (die NDP hat sich bereits überwiegend ablehnend dazu geäußert), da TPP momentan noch mit einem herkömmlichen Mechanismus versehen ist. CETA könnte also den progressiven Kräften diesseits und jenseits des Atlantiks als Blaupause für einen verantwortlicheren Freihandel dienen. Umgekehrt wird jedoch auch von wirtschaftsnahen Interessenverbänden die Unumgänglichkeit herkömmlicher Schiedsgerichte (da von den USA eindeutig privilegiert) als Argument ins Feld geführt, um sich gegen einen revidierten Investitionsschutz zu wehren. Die wichtige Debatte um Investitionsschutz und einen sozialdemokratische mitgeprägten Freihandel wird also auch in Kanada weiter geführt werden.

8. Bericht des Senders CBC am Jan 21.1.2016 : <http://www.cbc.ca/news/politics/canada-europe-trade-isds-ceta-1.3412943>

9. Ibid.

10. <http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1470>



Über den Autor

Raoul Gebert (PhD) ist Research Fellow beim in Montreal ansässigen Interuniversity Research Centre for Globalization and Work (CRIMT) und seit über zehn Jahren bei den kanadischen Sozialdemokraten (NDP) auf vielen Ebenen tätig. Von Mai 2012 bis Januar 2015 war er Chief of Staff des kanadischen Oppositionsführers und Parteivorsitzenden Thomas Mulcair.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Westeuropa/Nordamerika |
Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Michèle Auga, Leiterin des Referats Westeuropa / Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/international/wil>
www.facebook.com/FESWesteuropa.Nordamerika

Bestellung/Kontakt hier:
FES-WENA@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Das FES-Büro in Washington, DC

Zentrales Ziel der Arbeit des Büros ist die Förderung des transatlantischen Dialogs im Sinne sozialdemokratischer Werte und Ideen. Mit unseren Programmen wollen wir deutsche und europäische Debatten mit US-amerikanischen und kanadischen verknüpfen. Darüber hinaus liegt es in unserem Interesse, Partner und Entscheidungsträger aus dritten Regionen in einen Dialog mit einzubinden, um Ideen und Lösungsansätze für gemeinsame Herausforderungen zu entwickeln. Zu diesen Regionen und Ländern gehören der Nahe und Mittlere Osten, Afghanistan, Russland und die Türkei.

Ein weiteres wichtiges Element unserer Arbeit ist der Aufbau und die Pflege von transatlantischen Netzwerken zwischen politischen Entscheidungsträgern, Vertretern von Think Tanks, Universitäten, Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die inhaltlichen Projektschwerpunkte des Büros liegen in den Bereichen Demokratieförderung und Konflikttransformation, Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, Minderheiten und Integration, Energie- und Klimapolitik sowie Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen.

Friedrich Ebert Foundation
1023 15th Street, NW | Suite 801
Washington, DC 20005

Tel.: +1-202-408-5444
Fax: +1-202-408-5537
Email: fesdc@fesdc.org
<http://www.fesdc.org>

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.